

# Im Gespräch mit ...

## ... den Spitzenkandidaten zur Nationalratswahl

Seit nunmehr einigen Wochen findet eine öffentliche, mediale und politische Diskussion um die Betreuung der hochaltrigen und pflegebedürftigen Menschen in unserer Gesellschaft statt. Anlässlich der kurz bevorstehenden Nationalratswahlen bat Lebenswelt Heim die SpitzenkandidatInnen aller wahlwerbenden Parteien um Ihren Standpunkt in der Pflegediskussion sowie um ihre Vision über ihr eigenes Alter ...

**Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, ÖVP**



Wolfgang Schüssel

**LWH:** Herr Bundeskanzler, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Dr. Wolfgang Schüssel:** Natürlich wünsche auch ich mir, in meiner Familie und in Würde möglichst gesund alt werden zu können. Ich weiß, dass die Pflege im Alter für viele Menschen eine große Sorge ist. Wir werden uns daher dafür einsetzen, Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit zu unterstützen und selbstverständ-

lich auch die vielen hervorragend arbeitenden Heime und Institutionen. Diese leisten hochprofessionelle und engagierte Arbeit, sodass alte Menschen nicht isoliert, sondern ihren Lebensabend in Würde, Gemeinsamkeit und Geborgenheit genießen können.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Dr. Wolfgang Schüssel:** Es geht mir um eine rasche Entkriminalisierung der illegalen Betreuungskräfte in Österreich und darum, die Angehörigen im Alltag noch mehr als bisher zu entlasten. Arbeitsminister Martin Bartenstein wird mit den Sozialpartnern hier Lösungen erarbeiten, die auch differenzieren zwischen qualifizierter Pflege und Hilfe bei alltäglichen Erledigungen oder einfache Betreuung – das ist mir ein wichtiges Anliegen.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Dr. Wolfgang Schüssel:** In den letzten Jahren ist vieles im Pflege- und Altenbetreuungsbereich umgesetzt worden: Das Pflegegeld wurde erstmals seit 10 Jahren valorisiert, die Familienhospizkarenz und die begünstigte Selbstversicherung für pflegende Angehörige eingeführt, das Bausparen auch für die Pflegevorsorge geöffnet und über 13.000 Menschen in Pflege- und Betreuungsausbildungen motiviert. Wir möchten diesen Weg weiter fortsetzen. In einer berufstätigen Gesellschaft

und in einer Gesellschaft, in der wir alle immer älter werden und heute von einer "gewonnenen Generation" im Alter sprechen, wird immer mehr professionelle Hilfe benötigt. Auch das haben wir künftig verstärkt zu berücksichtigen.

**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Dr. Wolfgang Schüssel:** Die Arbeitsgruppe von Waltraud Klasnic, die sich mit den mittelfristigen Zielsetzungen im Pflege- und Betreuungsbereich auseinandersetzt, wird sich auch mit der Qualitätssicherung, dem Entlassungsmanagement, mit Strukturfragen sowie mit der Schaffung von länderübergreifenden Standards beschäftigen. Wir brauchen hohe Standards - und diese können durch eine gute Zusammenarbeit der Bundesländer ermöglicht werden. Detaillierte Lösungsvorschläge werden Mitte Oktober dem – dann neuen – Nationalrat vorgelegt.

**LWH:** Welche Qualität eines Altersheimes wäre Ihnen persönlich wichtig – für sich selbst oder für nahe Angehörige?

**Dr. Wolfgang Schüssel:** Nahegelegene, kleine überschaubare Einheiten mit gut ausgebildetem und motiviertem Pflege- und Betreuungspersonal, in denen die Pflege und das Leben in Würde möglich ist - menschlich und leistbar. Mir ist wichtig, dass man füreinander Zeit und Herz hat.

**Dr. Alfred Gusenbauer,  
SPÖ**



Alfred Gusenbauer

**LWH:** Herr Dr. Gusenbauer, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Gesund und aktiv und sobald notwendig gut betreut.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Die SPÖ hat dafür als einzige ein vollständiges Konzept vorgelegt: Schaffung eines eigenen Beschäftigungstyps "Betreuung daheim", kollektivvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, tournusmäßige - etwa zweiwöchige - Abwechslung von Betreuungs- und Freizeitperioden, Arbeitgeberfunktion bei den Trägerorganisationen, Amnestie für die Vergangenheit bei Überführung in ein legales Betreuungsverhältnis. Pflegeleistungen dürfen nur von dafür ausgebildeten und berechtigten Personen erbracht werden, dafür ist ein ausreichendes Angebot zu schaffen.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Schon bisher wird die Pflege von Bund (insbesondere Pflegegeld) den Ländern (nicht nur Sozialhilfe, sondern auch Zuschüsse und Subventi-

onen zu Pflegeplätzen) und durch Eigenbeiträge der Betroffenen finanziert. Diese Finanzierung ist auszubauen: Das Pflegegeld muss zumindest valorisiert, erforderlichenfalls erhöht werden (seit 2000 ist es real um 10,5 % gesunken), Beiträge von Pflegebedürftigen und Angehörigen müssen je nach Einkommenshöhe als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden können, ist das Einkommen zu gering, ist dies als Zuschuss (negative Einkommenssteuer) auszugleichen. Die Finanzierung ist auch dadurch zu verbessern, dass de facto in Spitalsbetten erfolgende Pflege in Pflegeheime verlagert wird, da dies kostengünstiger ist. Jedenfalls muss gewährleistet sein, dass jeder Mensch unabhängig von der Einkommenshöhe die erforderliche Pflege erhält.

**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Grundsätzlich ist, wie im gesamten Gesundheitsbereich auch, im Pflegebereich die Kooperation von Bund und Ländern erforderlich, wobei gerade bei dem komplexen Thema Pflege regional unterschiedliche Lösungen getroffen werden müssen, um eine optimale Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu erreichen. Jedenfalls müssen aber in allen Bundesländern die gleichen Standards erreicht werden, dafür kommt sowohl eine Art. 15a-Vereinbarung als auch ein Grundsatzgesetz in Betracht.

**LWH:** Welche Qualität eines Altersheimes wäre Ihnen persönlich wichtig – für sich selbst oder für nahe Angehörige?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Am Liebsten möchte ich auch im Alter zu Hause sein. Wenn das nicht mehr möglich ist, sollte es ein Altersheim sein, in dem ich mit meiner Partnerin möglichst individuell leben kann, das die erforderliche ärztliche Betreuung und Pflege bietet, in der Nähe meiner sonstigen Angehörigen und gewohnten Umgebung ist und in dem viele andere freundliche alte Menschen leben.

**Ing. Peter Westenthaler, BZÖ**



Peter Westenthaler

**LWH:** Herr Ing. Westenthaler, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Ing. Peter Westenthaler:** Selbstverständlich möchte jeder, soweit es möglich ist, den Lebensabend in seiner gewohnten Umgebung verbringen. Es gibt in Österreich aber ausgezeichnete Formen des betreuten Wohnens, wo die ältere Generation die Betreuung erhält, die sie benötigt, aber eigenständiges Leben möglich ist.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Ing. Peter Westenthaler:** Eine Legalisierung ist der falsche Weg. Dadurch würde die Betreuung teurer werden und gleichzeitig neue illegale Pflegekräfte nach Österreich kommen. Das löst das Problem nicht.

Anstatt dessen sollte die Betreuung zu Hause durch die Einführung des Pflegechecks für pflegebedürftige Angehörige forciert werden. Aufgrund der Diskussion in den vergangenen Wochen ist das Interesse am Pflegeberuf enorm gestiegen. Deshalb soll künftig der Pflegeberuf als Lehrberuf etabliert werden.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Ing. Peter Westenthaler:** Erstmals hat das BZÖ seit der Einführung die Erhöhung des Pflegegeldes im Jahr 2004 um 2 Prozent durchgesetzt. Wir haben jetzt einen Antrag für eine weitere Erhöhung um 5 Prozent eingebracht. Das soll noch vor der Wahl beschlossen werden. Der von uns forcierte Pflegescheck von 1000 Euro für pflegende Angehörige wurde als Pilotprojekt im Bezirk Fürstenfeld umgesetzt und soll in ganz Österreich eingeführt werden. Wir sind aber strikt gegen eine unfinanzierbare Pflegeversicherung, wie sie die SPÖ möchte, die eine Doppelbelastung bringt.

**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Ing. Peter Westenthaler:** Hier sind die Länder gefordert, bessere einheitliche Mindeststandards zu schaffen und zu harmonisieren.

**LWH:** Welche Qualität eines Altersheimes wäre Ihnen persönlich wichtig – für sich selbst oder für nahe Angehörige?

**Ing. Peter Westenthaler:** Die bestmögliche Betreuung und gleichzeitig den größtmöglichen Freiraum.

Lebenswelt Heim hat alle bei der Nationalratswahl kandidierenden Spitzenkandidaten um ihren Beitrag gebeten.

Keine Rückmeldung erreichte uns von:  
Dr. Hans Peter Martin

**Prof. Alexander Van der Bellen, Grüne**



Alexander Van der Bellen

**LWH:** Herr Prof. Van der Bellen, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Prof. Alexander Van der Bellen:** Ich wünsche mir natürlich, dass ich möglichst lange körperlich und geistig fit bleibe. Falls ich einmal Hilfe, Betreuung oder Pflege benötige, möchte ich selbstbestimmt aus verschiedenen Angeboten auswählen können. Das betrifft auch meinen Wohnort.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Prof. Alexander Van der Bellen:** Uns ist vor allen eine Ent- bzw. Nichtkriminalisierung der Angehörigen wichtig. Die illegalen Pflegekräfte sind zu legalisieren, die Grünen können sich eine Regelung über das Hausangestelltengesetz vorstellen. Eine Au-Pair-Lösung, oder Pflegekräfte als Saisoniers können wir uns nicht vorstellen.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Prof. Alexander Van der Bellen:** Das Pflegegeld wurde seit 1996 nicht mehr valorisiert, es gab nur 2005 eine einmalige Anhebung um 2 %. Daher gibt es hier einen sehr hohen Kaufkraftverlust. Die Grünen sind für eine sofortige Anhebung

um 20 %, um dies auszugleichen. Eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes muss gesetzlich verankert werden. In der Zukunft werden mehr Mittel für die Pflege notwendig sein. Langfristig ist daher die Finanzierung nachhaltig zu sichern. Hier gilt es, in der nächsten Zeit Konzepte zu erarbeiten. Die Grünen können sich die Schaffung eines Pflegefonds vorstellen.

Wir brauchen langfristig ein funktionierendes Netz an vielfältigen, individuellen und bedürfnisgerechten mobilen Diensten, an Tages- und Urlaubsbetreuung, an Heimen mit hoher Lebensqualität. Für die Beschäftigten in der stationären Altenpflege sind die Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit ist vor allem bessere Bezahlung, familienfreundliche Arbeitszeiten, Burn-Out-Prävention und das Recht auf Weiterbildung gemeint.

**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Prof. Alexander Van der Bellen:** Die Grünen sind für eine Vereinheitlichung der Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. 9 Systeme sind für ein derartig kleines Land wie Österreich zu viel. Wir würden also im Falle von Regierungsverantwortung eine Österreich weite Angleichung der Standards anstreben.

**LWH:** Welche Qualität eines Altersheimes wäre Ihnen persönlich wichtig – für sich selbst oder für nahe Angehörige?

**Prof. Alexander Van der Bellen:** Besonders wichtig wäre für mich die dezentrale Lage eines Altersheimes, um in der gewohnten Wohnumgebung bleiben zu können. Weiters wäre für mich natürlich nur eine kleine, überschaubare Größe für ein Altersheim vorstellbar. Ich möchte mir meine Wohneinheit individuell einrichten können und so selbständig als möglich mit der gerade notwendigen Betreuung und Pflege leben können.

### Heinz-Christian Strache, FPÖ



Heinz-Christian Strache

**LWH:** Herr Strache, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Heinz-Christian Strache:** Jeder Mensch wünscht sich wohl ein hohes Alter bei bestmöglicher Gesundheit zu erreichen.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Heinz-Christian Strache:** Eine zeitlich befristete Arbeitserlaubnis, allerdings nur für Pflegefachkräfte, die ihre Qualifikation nachzuweisen haben. Langfristig ist aber darauf hinzuwirken, dass vermehrt österreichisches Pflegepersonal eingesetzt werden kann. Die Einführung einer Berufsmatura könnte diesen Beruf attraktiver machen und zu einer Aufwertung des Berufsstandes führen.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Heinz-Christian Strache:** Die derzeitige Finanzierung reicht sicher nicht aus. Eine Reform des Gesundheitswesens muss zwingend auch eine Neuorganisation im Pflegebereich berücksichtigen. Eine Forderung der FPÖ ist es, dass das Pflegegeld erhöht wird, da es in der Zwischenzeit um mehr als 10% entwertet wurde.

Darüber hinaus soll es eine jährliche Indexanpassung geben, damit eine schleichende Entwertung künftig verhindert werden kann.

**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Heinz-Christian Strache:** Gerade für einen so sensiblen Bereich muss es auch in einem föderal organisierten Land wie Österreich Mindeststandards geben. Der Begriff „Altern in Würde“ muss mit Leben erfüllt werden und für jedes Bundesland, jede Stadt und jede Gemeinde gelten.

**LWH:** Welche Qualität eines Altersheimes wäre Ihnen persönlich wichtig – für sich selbst oder für nahe Angehörige?

**Heinz-Christian Strache:** Pflegeheime dürfen keine anonymen Massenanstalten sein, daher soll die Bettenzahl mit 150 pro Heim beschränkt werden. Eine individuelle Unterbringung in Ein- und Zweibettzimmern muss eine Selbstverständlichkeit sein. Für die bauliche Gestaltung von Pflegeheimen sind neben der Ö-Norm eigene Normen zur Sicherung des notwendigen baulichen Standards für Pflegeheimbewohner zu definieren.

### Mirko Messner, KPÖ



Mirko Messner

**LWH:** Herr Messner, wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Mirko Messner:** Ruhig und gesund.

**LWH:** Welche Lösungen wollen Sie für das Problem der privaten AltenbetreuerInnen aus den EU-Oststaaten treffen?

**Mirko Messner:** Mangelnde Kapazitäten und unzeitgemäße Standards öffentlicher Pflegeeinrichtungen haben dazu geführt, dass heute rund 40.000 ausländische PflegerInnen unter inakzeptablen arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen und vielfach ohne entsprechende Qualifikation tätig sind. Wir lehnen eine Kriminalisierung illegaler Pflegerinnen oder der betroffenen PatientInnen ab, denn die Politik hat die Verantwortung durch jahrelanges gezieltes Wegschauen an sie abgeschoben und die Menschen in ihrer Not allein gelassen. Diese haben letztlich zur Selbsthilfe gegriffen und die ihnen zuträgliche und finanziell mögliche Betreuung gewählt. Hier zeigt sich ein gesellschaftspolitisches Versagen gegenüber all jenen, die Hilfe benötigen.

Die jetzt diskutierte Legalisierung illegaler Beschäftigung im Pflegebereich darf zu keinem neuerlichen Lohn- und Sozialdumping führen. Kein Mensch ist illegal, gleiche Rechte für alle, die hier leben und arbeiten - das hieße, kollektivvertragliche Standards für neu zu entwickelnde Berufsbilder im Pflege- und Betreuungsbereich zu entwickeln und die dafür notwendigen Ressourcen für Aus- und Weiterbildung zu sichern.

**LWH:** Wie sehen Sie generell die Finanzierung der Altenpflege? Reicht das bisherige System aus Ihrer Sicht aus – Eigenmittel der Betroffenen, Pflegegeld und Sozialhilfe? Oder müsste das Finanzierungssystem grundsätzlich geändert werden? Und falls ja: Wie?

**Mirko Messner:** Die KPÖ stellt sich zur Finanzierung der Pflege die Bemessung der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung nach der gesamten Wertschöpfung sowie eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen vor. Ähnlich dem Familienlastenausgleichsfonds könnte ein öffentlich kontrollierter, aus der Gewinn- und Vermögenssteuer gespeister und den mit großer Erfahrung im Betreuungsbereich ausgestatteten NGOs wie Caritas oder Volkshilfe überantworteter Finanzpool für die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung sorgen. Wichtig wäre auch ein integriertes System, das die Trennung in Kranken- und Pflegeleistung aufhebt.

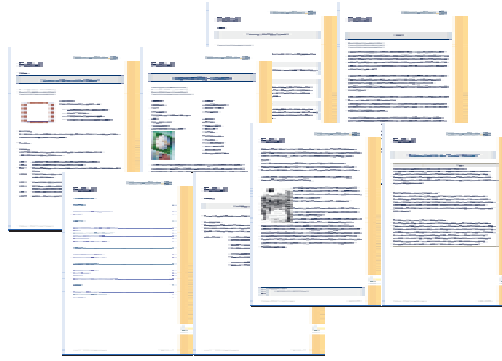
**LWH:** Wir haben innerhalb Österreichs aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedliche Standards im Bereich der mobilen, teilstationären und stationären Pflege. Würden Sie mit einer allfälligen Regierungsverantwortung nach der Wahl für eine Beibehaltung der föderalen Mindestqualitäten eintreten oder für eine Österreich weite Angleichung der Standards?

**Mirko Messner:** Die KPÖ ist der Auffassung, dass die Pflege grundsätzlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand ist. Daher lehnen wir ein Abschieben auf die finanziell ohnehin ausgehungerten Gemeinden sowie auf private Leistungen in Haushalten bzw. Familien ab. Notwendig sind bundesweit einheitliche Standards und Regelungen. Ebenso sind die EU-Budgetauflagen auch für die Pflege kontraproduktiv, weil sie zwangsläufig zu Einsparungen im Sozialbereich sowie Ausgliederungen und Tarifdruck führen.

**LWH:** Wenn Sie an Ihr eigenes Alter denken: Wie wollen Sie alt werden?

**Mirko Messner:** Ob Alten-WGs, betreutes Wohnen, Altersheime, Intensivpflege, Palliativmedizin, .... die breite Bedürfnispalette muss möglich und finanzierbar sein.

- Gedächtnistraining
- Sprüche
- Bilder
- Kochrezepte
- Zeitliche Orientierung



Die ist lebensweltheim **BOX** ein Abonnement das wöchentlich fertige, themenbezogene Druckvorlagen online zur Verfügung stellt.

Infos unter: <http://www.lebensweltheim.at/box.php>

oder Tel. & Fax: +43 1/585 15 90

# lebensweltheim **BOX**